
MEDIENMITTEILUNG

Gais, 12. September 2016

Parolenfassung der EDU Appenzellerland in Heiden

JA zum NDG und NEIN zu den Initiativen

Unter reger Teilnahme der Mitglieder beschloss die EDU Appenzellerland die Parolen für die Abstimmung vom 25. September.

NEIN zu Grüne Wirtschaft

Die Schweiz ist bei Umweltschonung, Ressourcen- und Energieeffizienz bereits weltweit Spitzenreiter. Die Initiative ist deshalb ziemlich unnötig und wäre ohne staatliche Planwirtschaft nicht umsetzbar. CO2 und andere Abgaben könnten willkürlich erhöht werden. Viele Unternehmen nehmen bereits heute ihre Verantwortung wahr, in dem sie z.B. darauf schauen, möglichst sparsam mit unseren Ressourcen umzugehen. Aus Sicht der EDU Appenzellerland ist diese Initiative deshalb absolut unnötig und ohne massive staatliche Eingriffe nicht umsetzbar. Deshalb lehnt sie die Initiative ab.

NEIN zu AHV plus

Die AHV ist dafür da, die grundlegenden Ausgaben zu decken. Um seinen gewohnten Lebensstandard auch im Alter weiterzuführen gibt es die Pensionskasse. Die AHV-Initiative der Linken greift das drei Säulenmodell massiv an, in dem sie fordert, das die AHV auch den gewohnten Lebensstandard decken soll. Dadurch wird die Eigenverantwortung untergraben. Weiter torpediert sie auch die AHV-Revision im Parlament. Die EDU Appenzellerland lehnt diese Initiative ab, da sie kontraproduktiv, teuer und die Eigenverantwortung nicht fördert ab.

JA zum Nachrichtendienstgesetz (NDG)

Die Gefahrenlage und die Kommunikationstechniken haben sich in den letzten Jahren sehr stark geändert. Es stehen neue Mittel bereit, die von Kriminellen benutzt werden können. Aktuell hat der NDB (Nachrichtendienst des Bundes) die kürzeren Spiesse. Das NDG gibt den NDB gleichviel Kompetenzen wie den Kantonspolizeien in der Schweiz. Das NDG gewährleistet auch eine saubere Kontrolle des NDB durch Parlament, Bundesrat und Bundesgericht, damit alles der Verhältnismässigkeit unterworfen wird. Für die Sicherheit der Schweiz ist es zwingend notwendig, dieses Gesetz anzunehmen. Die EDU Appenzellerland unterstützt dieses Gesetz ausdrücklich, da dadurch dem NDB effiziente Mittel gegeben werden, um z.B. islamistische Bedrohungen frühzeitig zu erkennen.

Für Rückfragen:

Daniel Graber

Präsident EDU Appenzellerland

Natel: 079 723 52 09

daniel.graber@edu-schweiz.ch